



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Bildung, Kultur und Sport der Stadt Eberswalde
am 11.04.2018, 18:15 Uhr,
im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio, Saal,
Puschkinstraße 13, 16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 11. Sitzung des ASBKS der Stadt Eberswalde vom 07.03.2018 nach Bestätigung im ASBKS am 11.04.2018
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - 7.1. Erörterung Leitbild Kindertagesstätten
 - 7.2. Ideen zur investiven Sportförderung
 - 7.3. Sonstige Informationen
8. Informationsvorlagen
9. Informationen aus dem Seniorenbeirat

10. Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
11. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)
- 11.1. **Vorlage:** BV/0621/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 40 - Amt für Bildung,
Jugend und Sport
2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS)
- 11.2. **Vorlage:** BV/0656/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: Fraktion DIE SPD-Fraktion
Schaffung eines kommunalen Konzepts für Sicherheit und Ordnung
- 11.3. **Vorlage:** BV/0664/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Konzeptförderung "Guten Morgen Eberswalde"
- 11.4. **Vorlage:** BV/0663/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Konzeptförderung "Jazz in E."
- 11.5. **Vorlage:** BV/0662/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Konzeptförderung "PurPur"
- 11.6. **Vorlage:** BV/0660/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Kulturförderung Westender Parkfest
- 11.7. **Vorlage:** BV/0665/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Kulturförderung Finower Sommerfest
- 11.8. **Vorlage:** BV/0666/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Kulturförderung 100 Jahre Wasserturm

11.9. Vorlage: BV/0667/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Kulturförderung AG Künstler für Schüler

11.10. Vorlage: BV/0661/2018 **Einreicher:**
zuständige Dienststelle: 41 - Kulturamt
Kulturförderung Rock im Hof

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Herr Landmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport um 18:15 Uhr.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Landmann stellt fest, dass form- und fristgemäß geladen wurde und der Ausschuss zu Beginn mit 9 Stadtverordneten beschlussfähig ist (**Anlage 1**).

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 11. Sitzung des ASBKS der Stadt Eberswalde vom 07.03.2018 nach Bestätigung im ASBKS am 11.04.2018

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschrift, somit wird diese in der vorliegenden Form genehmigt.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Herr Landmann:

- informiert, dass ein Änderungsantrag der CDU zum TOP 11.2 „Schaffung eines kommunalen Konzepts für Sicherheit und Ordnung“ ausliegt, der zusätzlich mit aufgenommen wird.

Herr Dr. Spangenberg:

- fragt, warum die Informationen aus dem Seniorenbeirat als Extra-Tagesordnungspunkt aufgenommen wurden und nicht unter dem TOP 10 Anfragen, Anregungen und Informationen, wo auch die Beiräte mit aufgeführt werden

Herr Landmann:

- erklärt, dass die Informationen aus dem Seniorenbeirat sehr ausführlich dargestellt werden sollten und bereits im Vorhinein darüber Einigung erzielt wurde, dies als einen gesonderten Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen, um der Arbeit des Seniorenbeirates einen angemessenen Platz und mehr Redezeit einzuräumen
- lässt zur Tagesordnung abstimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Landmann informiert, dass folgende Unterlagen vor dem Ausschuss verteilt wurden:

- Zum TOP 7.1 „Leitbild der Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde“
- Zum TOP 7.2 „Ideen zur investiven Sportförderung“
- Zum TOP 11.1 „Übersicht zu den Kita-Durchschnittsgebühren“
- Zum TOP 11.2 „Änderungsantrag der Fraktion CDU zur bestehenden Vorlage BV/0656/2018 „Schaffung eines kommunalen Konzeptes für Sicherheit und Ordnung“

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Herr Laffin:

- spricht im Auftrag des Eberswalder Kulturbundes den möglichen bevorstehenden Sparkassenumbau in der Michaelisstraße an und fragt, ob es möglich ist, dass im nächsten Jahr in der Kleinen Galerie die 22. Kreisfotoschau durchgeführt werden kann

Herr Dr. Neubacher:

- sagt, dass das Kulturamt bereits im Gespräch mit der Sparkasse ist, was den zukünftigen Umgang mit der bildenden Kunst betrifft und sichert zu, dafür Sorge zu tragen, dass die Kreisfotoschau auch weiterhin einen würdigen Platz haben wird

Frau Heyland:

- nimmt im Namen des Kita-Elternbeirates des Landkreises Barnim Stellung zum Entwurf der 2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung (**Anlage 2**)

Herr Prof. Dr. König:

- wird zu dem Thema unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt informieren und auf die vorgetragenen Aspekte eingehen

Herr Stefan Törmer:

- fragt, wie die Durchschnittsberechnung erfolgte

- hat ein Problem mit der Formulierung in der Beschlussvorlage, dass es auf Grund von Neukalkulationen teilweise zu Gebührenerhöhungen kommen kann

Herr Prof. Dr. König:

- sagt, dass die vorliegende Tabelle zur Berechnung der Durchschnittsgebühren die Antwort auf die Anfrage von Frau Kersten aus dem letzten Ausschuss ist und bei der Berechnung der Durchschnittsgebühren alle Kinder und alle Einnahmen berücksichtigt wurden

Herr Ronny Fölsner:

- spricht sowohl im Namen des Kita-Elternbeirates Barnim als auch im eigenen Namen und informiert, dass die Eltern mit der Antwort zur Überprüfung des Gebührenbescheides nicht einverstanden waren
- zitiert aus einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahre 2003 wie folgt: *„... nicht erst in einem Revisionsverfahren geklärt werden muss, dass sich die Frist des § 47 Abs. 2 Satz 1 VBGO nicht im Rahmen der inzidenten Normenkontrolle auswirkt. Das entspricht auch ganz allgemeiner Rechtsansicht.“*
- anders gesagt, die Auffassung der Stadtverwaltung entspricht weder der Ansicht des Bundesverwaltungsgerichtes noch der allgemeinen Ansicht
- meint weiter, wenn Eberswalde eine familienfreundliche Stadt sein will, sollte die Stadt auch den Ansprüchen der Eltern gerecht werden

Herr Prof. Dr. König:

- entgegnet zu den Ausführungen von Herrn Fölsner, dass die Antwortschreiben vom Rechtsamt erstellt wurden und dementsprechend das Rechtsamt auch Ansprechpartner ist
- sagt, dass er das Rechtsamt hierzu unterrichten wird, bittet jedoch um Geduld

Herr Wachholz:

- fragt, wie der Stand zur Befragung der Eberswalder Bevölkerung zu den Wünschen für das Stadtfest FinE ist
- spricht sich besonders für die Rockmusik aus und setzt sich dafür ein, dass die Jugendlichen die Möglichkeit erhalten sollen, ihre Musik zu machen und der Bevölkerung vorzustellen

Herr Prof. Dr. König:

- sagt, dass auch CONNEX in die Befragung zur teilweisen Programmgestaltung einbezogen wurde; die Auswertung ist noch nicht abgeschlossen, aber der Wunsch wird Berücksichtigung finden
- die Bürgerumfrage gemäß Beschluss findet erst 2019 statt

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

TOP 7.1

Erörterung Leitbild Kindertagesstätten

Frau Schmidt:

- erläutert an Hand ihrer Präsentation das Leitbild der Kindertagesstätten (**Anlage 3**)

Frau Dr. Pischel:

- lobt besonders die erzieherischen Aspekte der Toleranz und hält auch die Heimatverbundenheit für besonders wichtig

Frau Schostan kommt um 18:50 Uhr, die Zahl der Stimmberechtigten erhöht sich auf 10.

Herr Neumann:

- fragt, ob die Stadt insgesamt einen Überblick über die Plätze und die angebotenen Inhalte bzw. Schwerpunkte in den einzelnen Kitas hat, also auch der freien Träger

Frau Ladewig:

- antwortet darauf, dass die inhaltlichen Angebote Sache der jeweiligen Träger sind und die Stadt sich in regelmäßigen Abständen über freie Plätze mit den freien Trägern abstimmt

Frau Dr. Hoffmann:

- möchte gerne die Konzeptschwerpunkte der einzelnen Kitas als Übersicht

Frau Ladewig:

- sagt, dass diese auf der Homepage ersichtlich sind, aber gerne eine Übersicht der Niederschrift beigefügt wird (**Anlage 4**)

TOP 7.2

Ideen zur investiven Sportförderung

Herr Prof. Dr. König führt kurz in das Thema Sportförderung ein und übergibt das Wort an Herrn Kuhnke vom Sachgebiet Jugend und Sport.

Herr Kuhnke:

- erläutert das Konzept Sportförderung, welches vor dem Ausschuss allen Anwesenden in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt worden ist
- schlägt vor, die Restmittel, die 2017 noch zur Verfügung stehen für investive Maßnahmen zu reservieren, sollte der vorgelegte Vorschlag akzeptiert werden

Herr Landmann:

- bedankt sich bei der Verwaltung für die Ausführungen und besonders, dass alle Intentionen, die im Vorfeld besprochen wurden, mit eingeflossen sind und nunmehr als eine gute Grundlage für Diskussionen in den Fraktionen vorliegen
- begrüßt auch den Vorschlag, die Restmittel in Anspruch zu nehmen

Herr Prof. Dr. König:

- bittet darum, das Konzept der Sportförderung in den Fraktionen zu diskutieren und eine Rückmeldung an die Verwaltung zu richten, so dass das Fachamt die Sportförderrichtlinie überarbeiten und zum nächsten Ausschuss vorschlagen könnte

Herr Prof. Creutziger:

- bittet darum, dass zukünftig Vorschläge/Hinweise etc., die vor dem Ausschuss verteilt werden, den Namen des Einreichers oder Ansprechpartners und das Datum enthalten sollten

Herr Ortel:

- möchte die Information von der Verwaltung, wie viel Restmittel aus dem Haushalt noch zur Verfügung stehen, damit Vereine noch rechtzeitig einen Antrag stellen können

Herr Landmann:

- sichert diese Information im Namen der Verwaltung zu

TOP 7.3

Sonstige Informationen

Herr Prof. Dr. König:

- informiert zu den Inhalten der Stelle Integrationsmanager, für die Fördermittel (100 %) bis Februar 2021 eingeworben wurden; diese Stelle hat koordinierende Aufgaben zu erfüllen, z. B. in Bezug auf die Arbeit mit Geflüchteten, aber besonders mit alleinstehenden Frauen mit Kindern; Schwerpunkt ist dabei die Zusammenarbeit zwischen sozialen Netzwerken und Institutionen
- informiert zur Vergabe des Quartiersmanagements im Brandenburgischen Viertel: es gibt eine Vorlage für den Hauptausschuss; folgende Leistungen sind vom Quartiersmanagement im Groben zu erfüllen:
 - Vorbereitung und Begleitung der Maßnahmen im Quartier (z. B. Belegung des Potsdamer Platzes, Weihnachtsmarkt usw.)
 - Kontaktpflege mit Akteuren vor Ort, das Büro Quartiersmanagement als direkter Ansprechpartner sowie die Zusammenarbeit mit den Bundesfreiwilligen bei der Vermietung von Räumen
 - die Begleitung im Programm „Soziale Stadt“ und damit die Zusammenarbeit mit dem Sprecherrat und perspektivisch die Einrichtung eines Investitionsfonds

Frau Kersten:

- merkt an, dass von den 3 Anbietern der Teuerste genommen wurde und fragt, ob die Mitarbeiter immer vor Ort sind oder nur zu den Sprechzeiten

Herr Prof. Dr. König:

- betont, dass die Mitarbeiter vor Ort im Büro und Quartier tätig sind

Frau Ladewig informiert:

Bereich Kita:

- Frau Kersten bat im letzten Ausschuss um Informationen zur Ermittlung der Durchschnittsgebühren, diese liegen auf den Tischen als Übersicht
- Stand der offenen Kitaanträge: per 01.04.2018 liegen 210 Anträge vor (10 weniger als im Oktober), davon im Alter von 0 – 3 = 99 Anträge und im Alter von 3 bis Schuleintritt = 94 Anträge (7 Anträge davon sind Vorschulkinder) und im Hortbereich = 17 Anträge; die Übersicht über Förderbedarfe in städtischen Kitas (Anfrage von Frau Dr. Hoffmann im letzten Ausschuss) wird als **Anlage 5** der Niederschrift beigefügt

Bereich Bildung:

- die Zuwendungsbescheide für die Förderung der Personalstellen in den Kiezkitas liegen vor, demnach erhält die Stadt 172.800 € Unterstützung für den Zeitraum vom 01.03. bis 31.12.2018; zurzeit läuft das Besetzungsverfahren
- weiterhin ist auf der Grundlage des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes für alle Schulen im Stadtgebiet (freie und städtische Trägerschaft) bis zum 30.04.2018 ein Antrag auf Förderung zu stellen

Bereich Sport/Jugend:

- Baustart im Fritz-Lesch-Stadion zur Verlegung des Kunstrasens ist erfolgt; die Ausweichplätze für Trainingsmöglichkeiten in anderen Sportstätten sind organisiert;
- für die Stelle als Jugendkoordinator/in sind 12 Bewerbungen eingegangen, davon wurden 8 Bewerber/innen zum Gespräch eingeladen; zum 01. Mai 2018 wird Frau Josefine Atlas die Stelle übernehmen und sich zu gegebener Zeit im Ausschuss vorstellen
- weiterhin hat als Schwangerschafts- und Elternzeitvertretung (für die Sozialarbeiterin der Familienhilfe) Frau Judy Schmidt ab 01.04.2018 die Arbeit aufgenommen
- am 05.05.2018 von 14:00 bis 18:00 Uhr erfolgt der Auftakt und Saisonbeginn im Funpark im Brandenburgischen Viertel; es gibt diverse Kinder- und Jugendangebote; mit großer Wahrscheinlichkeit sollen dann auch die neuen Rampen zur Nutzung freigegeben werden; die Jugendhütte ist fertig; geplant ist zudem zu einem späteren Zeitpunkt ein kleines Abendevent mit rockiger Musik für die Skater
- der Vertrag mit dem Berufsbildungsverein Buckow für die Schulsozialarbeit wird geschlossen und zum 01.05.2018 die Besetzung in der Grundschule Schwärzensee erfolgen
- weiterhin wurden Angebote für den geplanten Spielplatz in Ostende eingeholt, dazu wurden 4 Unternehmen angeschrieben, 2 davon haben sich gemeldet und die Stadt hat sich für das

- preisgünstigere Angebot der Firma Stadt-Menschen Berlin entschieden
- am 05.05.2018 wird von 10:00 bis 14:00 Uhr im Bürgerbildungszentrum ein Kinderflohmarkt durchgeführt

Herr Dr. Neubacher:

- lädt zu zwei Veranstaltungen ein:
 - zum Start des Gastspielprogramms am 20.04.2018 gibt es zwei Kleist-Aufführungen des „Kohlhaas“ - um 18:00 Uhr im Innenhof des Museums als Open-Air-Veranstaltung des Ensembles Grotesk Maru; im Museum ist ab 17:00 Uhr freier Eintritt sowie um 20:00 Uhr zeigt das Kanalthheater in Halle 33 auf dem Kranbau-Gelände „Kohlhaas - Anatomie eines Aufstandes“
- Tatort Lücke:
 - die 2. Lücke „Meyers Radrennbahn Finow“ wird am 27.04.2018 von 15:00 bis 19:00 Uhr in Finow bespielt (Dauerbespielung)
- Museumsdepot:
 - die Vorbereitungen für die Maßnahmen zum Umzug des Museumsdepots laufen in Absprache mit dem Bauamt; Unterstützung wird durch Herrn Bruhne als Berater gewährt

TOP 8

Informationsvorlagen

Es gibt keine Informationsvorlagen.

TOP 9

Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau Dr. Canditt informiert zu folgenden 3 Themen:

- *die Seniorenpolitischen Leitlinien* wurden erstmalig im Jahre 2013 in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet und befassten sich mit folgenden Schwerpunkten
 - Rahmenbedingungen für die aktive Teilhabe
 - Bürgerschaftliches Engagement
 - Dialog der Generationen
 - Ermöglichung von Erwerbstätigkeit der Senioren
 - Mobilität
 - Sicherheit als Beitrag zur Lebensqualität
 - Pflege in Selbstbestimmtheit und Würde

Aus diesen 7 Punkten wurde ein Maßnahmenpaket entwickelt, welches im Jahr 2017 noch einmal überarbeitet wurde. Dabei wurden die 7 Schwerpunkte in 5 Punkten zusammengefasst und neu geordnet, wobei die Mobilität an Wichtigkeit zugenommen hat.

Weiterhin ist als neuer Schwerpunkt das lebenslange Lernen hinzugekommen.

Zusammenfassend empfiehlt der Seniorenbeirat eine Aktualisierung der Seniorenpolitischen

Leitlinien in der nächsten Wahlperiode vorzunehmen, die den Leitlinien des Landtages angepasst werden.

- *Ergebnisse aus der Erhebung zur Begehrbarkeit der Arztpraxen (Anlage 6)*

- *Stärkung und Entwicklung der seniorenpolitischen Arbeit* in Eberswalde wird nach Auffassung des Seniorenbeirates in Eberswalde ein wenig vernachlässigt. Positiv ist zu verzeichnen, dass der Seniorenbeirat in der Hauptsatzung enthalten ist und die Rechte dort klar geregelt sind. Das Ziel, in die Entschädigungssatzung mit aufgenommen zu werden, wird über den Hauptausschuss verfolgt. Besonderer Wert wird in der seniorenpolitischen Arbeit auch auf die Beratungen gelegt. Erfahrungen konnten durch Friedhofsbegehungen, Begutachtung von öffentlichen WC's und Arztpraxen gesammelt werden.

Weiterhin beschäftigt sich der Seniorenbeirat mit neuen Themen, z. B. „Wie können die E-Bikes in den Keller gebracht oder wo können die Rollatoren untergebracht werden?

Warum gibt es keinen Wohnungstausch in Eberswalde zwischen jungen Familien mit mehreren Kindern, die mehr Wohnraum benötigen und älteren Leuten, die sich verkleinern möchten? Warum kann ein Tausch mit gleichbleibenden Mieten nicht möglich sein?“

Zur Unterstützung erhält der Seniorenbeirat einen jährlichen Zuschuss von 800 €, würde aber für gute fachliche Arbeit einen Zuschuss für Aufwendungen in Höhe von 10.000 € benötigen.

Herr Landmann:

- bittet die Ausschussmitglieder das Problem der finanziellen Mittel des Seniorenbeirates in den Fraktionen zu diskutieren

Frau Dr. Pischel:

- hält an ihrer Meinung fest, dass für einzelne Themen im jetzigen Ausschuss nicht genügend Zeit bleibt, sie zu diskutieren und immer wieder Prioritäten gesetzt werden müssen
- spricht sich insgesamt sehr positiv zur seniorenpolitischen Arbeit aus, möchte aber viele Themen ausführlicher behandeln

Herr Landmann:

- erinnert daran, dass im Ausschuss Einigkeit erzielt wurde, dass bundespolitische Themen zwar diskutiert werden können, aber nichts bewegt werden kann
- schlägt vor, sich mit der Verwaltung abzustimmen, ob die seniorenpolitischen Leitlinien noch in dieser Periode überarbeitet werden sollen

Herr Ortel:

- meint, dass viele Dinge, die von Frau Dr. Canditt angesprochen wurden, auch die anderen Ausschüsse betreffen
- bittet, dass der Ausschuss sich gemeinsam mit dem Seniorenbeirat an einen Tisch setzt und alle Themen wie Wohnungsbau, Barrierefreiheit etc. in einem Konzept zusammenfasst,

so dass die Arbeit und die Anregungen des Seniorenbeirates sich dort wiederfinden

Frau Kersten:

- sagt, dass die Ausführungen von Frau Dr. Canditt eine gute Grundlage für die weitere Arbeit bilden und die Behindertenbeauftragte der Stadt somit Maßnahmen ergreifen kann, um die eine oder andere Veränderung herbeizuführen

TOP 10

Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vorsitzenden der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vorsitzenden des KJP und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Frau Daht:

- bedankt sich für die Möglichkeit der Teilnahme am Bildungstag, an der 8 Erzieher/innen ihres Teams teilgenommen haben; spricht sich sehr positiv zu dieser Veranstaltung aus

TOP 11

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

TOP 11.1

2. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung der Stadt Eberswalde für die Benutzung der Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft (KitaGebS)

BV/0621/2018

Herr Landmann:

- ruft die Beschlussvorlage BV/0621/2018 auf und übergibt das Wort an Herrn Prof. Dr. König

Herr Prof. Dr. König:

- informiert an Hand einer Präsentation (**Anlage 7**) und der vorliegenden Tabellen, die als Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügt sind, wie die Kitagebühren ermittelt werden
- richtet die Bitte an die Ausschussmitglieder, das Thema in den Fraktionen zu diskutieren
- beantwortet während seiner Ausführungen auch die Fragen von Frau Heyland und Herrn Törmer aus der Einwohnerfragestunde
- sieht diese Vorlage als Diskussionsgrundlage, so dass heute darüber nicht entschieden werden muss; in Anbetracht der Wichtigkeit würde er die heutige Darlegung als 1. Lesung betrachten

Frau Dr. Pischel:

- ist von den sozialen Aspekten für die Gebührenerhöhungen nicht überzeugt und kann die Beschlussvorlage in der Stadtverordnetenversammlung nur ablehnen
- spricht sich positiv für die Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr aus, was in einigen Bundes-

ländern bereits praktiziert wird

Herr Schmiedel:

- stimmt Frau Dr. Pischel zu, dass das Land Brandenburg ab 01. August 2018 die Beitragsfreiheit für das letzte Kitajahr einführt
- fragt, inwieweit die Eltern wirklich entlastet werden, wenn das Land Brandenburg die Beitragsfreiheit ermöglicht
- meint, dass derartige Erhöhungen nicht gerade zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt Eberswalde als familienfreundliche Stadt beitragen und alles getan werden muss, um die Stadt für Berliner und Leute aus dem Umland, attraktiv zu machen
- bezieht sich auf die gute Haushaltslage und fragt, ob die Stadt sich das nicht leisten kann, die Gebühren nicht so stark zu erhöhen
- nennt als Beispiel Ärzte, Lehrer oder Beamte, die mit der Erhöhung der Gebühren auf 800 - 1000 € Mehrkosten im Jahr kommen; dafür ist die Entlastung bei geringerem Einkommen als positiv zu betrachten

Herr Prof. Dr. König:

- sagt, dass eine geringere Steigerung der Gebühren durch den städtischen Haushalt aufgefangen werden muss, dies aber auch mit dem Kämmerer abgestimmt werden müsste

Frau Ladewig:

- sagt, dass der Regierungsentwurf zur Beitragsfreiheit in der nächsten Zeit beschlossen wird; die Beitragsfreiheit bezieht sich lediglich auf das Jahr, bevor die Kinder eingeschult werden

Herr Schmiedel:

- fragt noch einmal nach, wie die Eltern davon profitieren

Herr Prof. Dr. König:

- sagt, dass die Eltern davon profitieren, die Kinder in dieser Altersgruppe haben, weil sie dann im letzten Jahr vor Schuleintritt keine Gebühren zahlen müssen

Herr Ortel:

- findet, dass die Stadt den Ruf als familienfreundliche Stadt mit der Gebührenerhöhung auf's Spiel setzt, denn Familienfreundlichkeit ist die Grundlage für nachhaltiges Bevölkerungswachstum und dies wird mit der Gebührenerhöhung nicht erreicht

Frau Kersten:

- sagt, dass hier eine Gebührenerhöhung von 50 % nicht nachvollziehbar ist
- bittet darum, die Vorlage zu verschieben und erneut zu prüfen, wo vermeidbare Kosten sind

Herr Prof. Dr. König:

- sieht, dass noch Diskussionsbedarf besteht und wiederholt, dass heute keine Entscheidung getroffen werden muss, so dass die Behandlung als 1. Lesung anzusehen ist
- bestätigt, dass nur die Kosten umgelegt werden, die auch anfallen und macht deutlich, dass genau überprüft wird, welche Kosten auf die Eltern umgelegt werden können

Herr Landmann:

- meint, dass die Gebührensatzung in den Fraktionen diskutiert werden muss und es zu einer 2. Lesung kommen sollte
- sagt weiter, dass in der Verwaltung zu prüfen wäre, wie groß die Haushaltsbelastung insgesamt wäre, wenn der Entwurf der Gebührensatzung abgeändert würde
- lässt zum Rederecht für Frau Heyland aus dem Kita-Elternbeirat Barnim abstimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Frau Heyland:

- ergänzt die Ausführungen der Stellungnahme des Kita-Elternbeirates Barnim dahingehend, dass es das Ansinnen des Beirates ist, eine Erhöhung der Einkommensstufe für den Höchstbetrag einzuführen und dafür die Belastung für Familien mit unterem und mittlerem Einkommen zu mildern
- fragt, wie hoch die Zuschüsse vom Kreis sind, die beantragt werden, um die Eltern zu entlasten und möchte wissen, wie es mit Geschwisterrabatten aussieht; ihre Rechnung ergab bei einem Einkommen von 2.100 € bis 3.000 € und 2 Kindern eine Erhöhung der Kitakosten um 13 – 16 %, bei einer Familie mit einem Kind liegen die Kosten zwischen 6 und 10 %

Herr Prof. Dr. König:

- sagt dazu, dass ca. 75 % Personalkosten vom Landkreis erstattet werden
- erkennt die Forderungen des Kita-Elternbeirates und regt an, diese Punkte mit aufzunehmen und als Gegendarstellung im nächsten Ausschuss erneut vorzulegen

Herr Prof. Creutziger:

- versteht die Ausführungen so, dass eine gewisse Änderung bei den Abstufungen der Einkommen und damit verbunden eine deutlichere Erhöhung bei den höheren Einkommen erreicht werden könnte
- fragt, was das Ziel ist und wie die Relation ist, zu dem Teil der Kosten, der über den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe bereitgestellt wird

Herr Prof. Dr. König:

- fasst zusammen, dass die prozentuale Abstufung für die Betreuungszeiten, die „Kinder- rabatte“ und auch die Einkommensgruppen geändert werden können
- Ziel ist es, nach dem Gesetz zu handeln ohne die Eltern zu stark zu belasten, aber laut Gesetz ist die Stadt dazu verpflichtet, die Betriebskosten auf die Eltern umzulegen

- sowohl das Rechtsamt als auch der Landkreis haben gesagt, dass mit der Vorlage alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind und das Jugendamt hat auch gesagt, dass die Anforderungen bezüglich der Sozialverträglichkeit erfüllt sind

Herr Landmann:

- sagt, dass die Kostendeckung nicht das Ziel sein kann und möchte noch etwas zum Eingangssatz wissen

Herr Prof. Dr. König:

- sagt, dass der Landkreis den Eingangssatz in Höhe von 30,00 € festlegt und diese Summe ist nicht beeinflussbar

Herr Kaiser:

- spricht sich positiv für die Ausführungen des Kita-Elternbeirates aus
- weist darauf hin, dass die Steigerung der Personalkosten nicht Grund für die Gebührenerhöhung sein kann, wenn unsere Stadt eine familienfreundliche Stadt sein will

Herr Prof. Dr. König:

- betont, dass die Gebührensatzung nicht geändert wurde, weil die Personalkosten gestiegen sind

Frau Heyland:

- informiert, dass das Jugendamt nicht nur 75 % zuzahlt, sondern 88,6 % für Kinder unter 3 Jahren, 85,3 % über 3 Jahre und 84 % für Hortkinder

Herr Landmann:

- meint dazu, dass die Stadt nie diesen Festsatz vom Landkreis bekommen hat

Frau Dr. Hoffmann:

- möchte wissen, wie die durchschnittlichen Betreuungszeiten sind

Herr Prof. Dr. König:

- bittet darum, diese Zahlen nachreichen zu dürfen

Frau Kersten:

- ergänzt zu der Frage von Frau Dr. Hoffmann, dass sie wissen möchte, wie hoch der durchschnittliche Betreuungszeitraum in den einzelnen Altersgruppen ist; davon hängt auch ab, wie viel Mitarbeiter gebraucht werden

Herr Landmann:

- sagt, dass die Verwaltung diese Informationen nachreicht

Herr Prof. Creutziger:

- sagt, dass er seine Fragen schriftlich an die Verwaltung schicken wird
- fragt, ob es Abstimmungen mit den freien Trägern zu den Gebührensatzungen gibt
- möchte wissen, wie die finanziellen Auswirkungen sind, versteht die Zahlen in der Spalte Planansatz nicht

Herr Prof. Dr. König:

- informiert, dass jeder Träger seine Satzung auf der Grundlage des Gesetzes macht und geht auf die Planansätze näher ein

Herr Landmann:

- gibt bekannt, dass eine 2. Lesung zur Beschlussvorlage erfolgt

TOP 11.2

Schaffung eines kommunalen Konzepts für Sicherheit und Ordnung

BV/0656/2018

Herr Landmann:

- informiert, dass zur ursprünglichen Beschlussvorlage, deren Einreicher die DIE SPD-Fraktion und die Fraktion DIE LINKE sind, ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion auf den Tischen liegt

Herr Ortel:

- erläutert als Einreicher, dass ein Sicherheitskonzept für die Stadt Eberswalde notwendig ist und betrachtet den Änderungsantrag seiner Fraktion eher als Ergänzungsantrag
- möchte mit diesem Antrag erreichen, dass den Eberswalder Bürgern ein nachhaltiges Sicherheitsgefühl gegeben wird, weil Sicherheit auch ein Stück Lebensqualität bedeutet
- bittet um Zustimmung

Herr Kaiser:

- meint, dass seine Fraktion als Miteinreicher dem Änderungsantrag nicht zustimmen wird, weil der Einsatz von Polizei und Ordnungsamt ausreichend sein wird
- sagt weiter, dass zu einem späteren Zeitpunkt zusätzlich Sicherheitsdienste eingesetzt werden können, aber mit der Verbesserung der Öffnungszeiten der Polizei und der Erweiterung des Streifendienstes ist erst einmal ein wichtiger Schritt in Richtung Sicherheit getan und die Fraktion hat politisch ein Signal gesetzt

Herr Stegemann:

- teilt die Auffassung von Herrn Kaiser und findet es zu früh, zusätzlich Wachschutz einzusetzen, weil die Polizeipräsenz extrem zugenommen hat
- stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion nicht zu

Frau Röder:

- ist der Meinung, dass man nicht das Gefühl eines Überwachungsstaates erhält, sollte man vorerst auf den Änderungsantrag verzichten

Herr Ortel:

- meint, dass die Bevölkerung ein anderes Meinungsbild von der Polizei hat und das notwendige Vertrauen fehlt
- regt an, dass dies nur ein Angebot ist, in Zeiten, wo das Ordnungsamt nicht mehr aktiv ist, also ab 17:00 Uhr zusätzlich einen Sicherheitsdienst einzusetzen

Herr Schmiedel:

- sagt, dass die Verwaltung zumindest verschiedene Varianten prüfen sollte, was durch privaten Wachschutz gemacht werden kann und ein Konzept erarbeitet

Herr Buschbeck:

- sagt, dass die verstärkte Polizeipräsenz nichts mit irgendwelchen Konzepten zu tun hat
- meint, dass das Ordnungsamt bis 18:00 Uhr arbeitet, aber Ordnung und Sicherheit auch darüber hinausgeht
- befürchtet, wenn Personal beim Ordnungsamt aufgestockt wird, dieses eher als Politesse zum Einsatz kommt, als das Ordnung und Sicherheit gewährleistet werden

Herr Kaiser:

- meint, dass man überlegen sollte, wie mit dem Geld der Stadt umgegangen wird und hält den Einsatz von Wachschutz für Luxus, da das Ordnungsamt bis 18:00 Uhr arbeitet und danach die Polizei zuständig ist

Herr Landmann:

- sagt, dass der Einsatz von privatem Wachschutz auch in der Fraktion diskutiert und nicht generell abgelehnt würde
- stimmt auch Herrn Kaiser zu und versteht seine Bedenken
- schlägt vor, einen Kompromiss in der Formulierung zu finden, der in etwa lauten könnte, im Rahmen dieses Konzeptes ist zu prüfen, inwiefern die Bestreifung von besonderen Gefährdungsbereichen durch einen privaten Wachdienst sinnvoll ist

Frau Kersten:

- betont als einreichende Fraktion, wenn so ein Konzept zur Schaffung von Sicherheit und Ordnung erstellt wird, ist zu prüfen, wie Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden können ohne dass die Bürger der Stadt sich überwacht fühlen
- hält einen Hinweis auf den Einsatz von Wachdienst im Konzept für nicht angebracht und möchte keine Änderung der Vorlage
- meint, wenn es bessere Lösungen gibt, diese zum gegebenen Zeitpunkt vorzuschlagen

Herr Landmann:

- nimmt zur Kenntnis, diesen Vorschlag nur als Denkansatz mit aufzunehmen

Herr Ortel:

- sagt, wenn es möglich ist, dass so als Anregung im Konzept mit aufnehmen zu können, würde seine Fraktion den Änderungsantrag zurückziehen

Herr Schmiedel:

- meint, um sich nicht konkret auf Sicherheitsdienste zu beschränken, könnte die Verwaltung beauftragt werden, freier zu formieren, wie Polizei, Ordnungsamt und darüber hinaus

Herr Kaiser:

- versteht das Ansinnen, dass gewisse Zeitabstände überbrückt werden sollen, hält jedoch Polizei und Ordnungsamt auf Grund ihrer Uniformen als präsenste und vertrauenswürdigeren Personen als ein Wachschutz
- findet die Formulierung des Antrages seiner Fraktion so als ausreichend, da die Möglichkeit des Prüfens gegeben ist

Herr Landmann:

- meint, dass generell keine Fraktion den Einsatz eines Wachschutzunternehmens ablehnt

Frau Kersten:

- widerspricht den Ausführungen von Herrn Landmann und betont noch einmal, wenn das Ergebnis der Überprüfung es hergibt, dass Wachschutz mit aufgenommen werden soll, dann wären sie auch damit einverstanden

Herr Ortel:

- ist im Einvernehmen mit der Fraktion DIE LINKE, gibt aber zu bedenken, dass man nicht die Ordnungskräfte gegeneinander ausspielen sollte
- meint, dass zukünftig generell nicht auf Wachschutz verzichtet werden kann, weil ungewiss ist, wie es mit Polizei und Ordnungsamt weitergeht
- findet den Kompromiss der Überprüfung aller Sicherheitsdienste gut

Herr Landmann:

- informiert darüber, dass die Gesamtvorlage im Bauausschuss einstimmig befürwortet wurde
- stellt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Herr Neumann:

- schlägt vor, in Bezug auf die Sicherheit Präventiv- oder Schulungsmaßnahmen kostenfrei anzubieten, um den Bürgern, die ihre Hunde frei laufen lassen, speziell aufzuzeigen, welche Rechte und vor allem Pflichten sie haben

Frau Dr. Pischel:

- zeigt sich verwundert über einen Artikel in der MOZ vom 31.03./01.04., dass im Barnim alles sicherer geworden ist
- sieht einen großen Teil der Verantwortung für Sicherheit beim Land

Herr Schmiedel:

- meint, dass die Stadt wenig Einfluss auf die Aufgaben des Landes hat und in erster Linie das Ordnungsamt gemeinsam mit der Polizei für Ordnung und Sicherheit zuständig sind, aber zu überprüfen ist, ob neben Polizei und Ordnungsamt noch andere Sicherheitskräfte notwendig sind
- sagt weiter, dass es noch andere Kommunen gibt, die das so praktizieren

Herr Kaiser:

- merkt an, dass es schon wichtig ist, ein Konzept zu finden, das einen personell abgesicherten Dienst bei der Polizei und dem Ordnungsamt sicherstellt
- meint, dass die Stadt auch beim Land ein Signal setzen kann

Herr Landmann:

- spricht auch die Verantwortung der Verwaltung an, die der Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl geben muss

Herr Ortel:

- fasst zusammen, dass es wichtig ist, dass alle Sicherheitspartner bei der Prüfung durch die Verwaltung in das Konzept einbezogen werden müssen und dann überlegt werden muss, wie das am besten umgesetzt werden kann

Herr Landmann:

- lässt zur Beschlussvorlage BV/0656/2018 „Schaffung eines kommunalen Konzeptes für Sicherheit und Ordnung“ abstimmen

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Bürgermeister wird beauftragt:

1. Bis Ende Mai 2018 in der Stadtverordnetenversammlung vorhandene und bereits geplante Kriminalpräventionsmaßnahmen und Aktionspläne mit dem Thema Sicherheit und Prävention darzustellen und gegebenenfalls zu bewerten.
2. In diesem Rahmen ist zu prüfen, in welchem Ausmaß sich durch überschneidende Zuständigkeiten gemeinsame Aufgaben für die Polizei des Landes Brandenburg und des Ord-

nungsamtes der Stadt Eberswalde ergeben. Im Falle solcher Überschneidungen sollen die Bedingungen für eine Kooperationsvereinbarung im Rahmen einer Sicherheits- und Ordnungspartnerschaft zwischen der örtlichen Polizeidienststelle und der Stadt Eberswalde überprüft werden. Darüber hinaus soll der Personalbestand des Ordnungsamtes und des Dezernates I begutachtet und im Hinblick auf die möglichen neuen Aufgaben und Herausforderungen bewertet werden.

3. Darüber hinaus ist eine etwaige Kooperation mit anderen Gemeinden und Ämtern und deren Ordnungsämtern sowie dem Kreis Barnim in den Fragen der kommunalen Kriminalitätsprävention zu prüfen und eine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung zu geben. Die Möglichkeit einer KAG für Kommunalsicherheit ist zu überprüfen und darüber in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

4. Bis Oktober 2018 ist ein übergreifendes Gesamtkonzept als kommunale Kriminalpräventionsinitiative in Zusammenarbeit mit Polizei, Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu entwickeln. Vorhandene Aktionspläne und Kriminalpräventionsmaßnahmen sind in dieses Konzept einzuarbeiten und zu aktualisieren. Zur Präsentation dieses Konzepts wird ein eigener öffentlicher Workshop abgehalten.

5. Über die Umsetzung des Gesamtkonzeptes soll jährlich der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstattet werden. Das Konzept soll ständig und konsequent weiterentwickelt werden. Kriminalprävention wird fortan als dauerhafter kommunaler Planungsgegenstand verstanden.

TOP 11.3

Konzeptförderung "Guten Morgen Eberswalde"

BV/0664/2018

Herr Dr. Neubacher:

- weist auf die Übersicht zur Konzeptförderung hin, die auf den Tischen liegt
- erläutert diese zusammenfassend und sagt, dass die Stadt etwas mehr Geld ausgibt, als zur Verfügung steht; dies sei aber möglich, weil noch Förderungen vom Land kommen

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage BV/0664/2018 Konzeptförderung „Guten Morgen Eberswalde“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

TOP 11.4

Konzeptförderung "Jazz in E."

BV/0663/2018

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage BV/0663/2018 Konzeptförderung „Jazz in E.“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

TOP 11.5

Konzeptförderung "PurPur"

BV/0662/2018

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage BV/0662/2018 Konzeptförderung „PurPur“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

TOP 11.6

Kulturförderung Westender Parkfest

BV/0660/2018

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage BV/0660/2018 Kulturförderung Westender Parkfest abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

TOP 11.7

Kulturförderung Finower Sommerfest

BV/0665/2018

Frau Dr. Pischel:

- merkt an, wenn es Fragen oder Vorschläge gibt, würde sie das Rederecht für den Vertreter des Ortsteilvereins Finow, Herrn Krause beantragen

Da es keine Fragen gibt, lässt Herr Landmann zur Beschlussvorlage BV/0665/2018 Kulturförderung Finower Sommerfest abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

TOP 11.8

Kulturförderung 100 Jahre Wasserturm

BV/0666/2018

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage BV/0666/2018 Kulturförderung 100 Jahre Wasserturm abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

TOP 11.9

Kulturförderung AG Künstler für Schüler

BV/0667/2018

Herr Stegemann:

- möchte gerne mal eine Information, was diese Arbeitsgemeinschaft bringt

Herr Prof. Dr. König:

- nimmt die Frage mit in die Verwaltung und wird diese Information nachreichen

Frau Schostan:

- hat ein Problem damit, dass andere Projekte wie Fußball, Karate etc. die Eltern selbst bezahlen müssen und dies soll kostenlos sein; wird nicht zustimmen

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage BV/0667/2018 Kulturförderung AG Künstler für Schüler abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

TOP 11.10

Kulturförderung Rock im Hof

BV/0661/2018

Herr Dr. Neubacher:

- informiert, dass er gerade einen zusätzlichen Antrag von Herrn Heinrich (CONNEX) erhalten hat, der aussagt, dass die Bühne, die angemietet werden kann, nicht auf diesen Hof passt und der Verein mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 500 € rechnet
- um das Verfahren zu vereinfachen, erhöht die Verwaltung den Antrag in Höhe von 3.500 € auf 4.000 € und würde über diese Summe entscheiden lassen

Herr Landmann lässt zur Beschlussvorlage BV/0661/2018 mit der Erhöhung auf 4.000 € abstimmen

Abstimmungsergebnis: Einvernehmen wurde hergestellt

Herr Landmann schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:50 Uhr.

Lutz Landmann
Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales,
Bildung, Kultur und Sport

Barbara Richnow
Schriftführerin

